

Das Saarland braucht ein neues Geschäftsmodell – Perspektiven für Wirtschaft, Mittelstand und Industrie

***Angenommener Leitantrag des Landesvorstandes der CDU Saar
zum 73. Landesparteitag am 15./16. November 2024 in Illingen***

Ob der Strukturwandel in Deutschland gelingt oder deindustrialisierte Regionen zurücklässt, entscheidet sich insbesondere hier bei uns an der Saar. Doch momentan machen sich viele, von den Gewerkschaften bis zu den Unternehmensvertretern, große Sorgen, dass der Strukturwandel scheitert – vor allem durch falsche wirtschafts- und energiepolitischen Entscheidungen der SPD-geführten Regierungen im Saarland und im Bund. Mit der Ampel ist Deutschland in der Abwärtsspirale: Drei Jahre Ampel – das sind zwei Jahre Rezession mit einer schlechten Nachricht nach der anderen.

Unser Land steht am Scheideweg. Wir brauchen deshalb unverzüglich eine echte Wirtschaftswende, eine neue Agenda, um ein führendes Industrieland in Europa und der Welt zu bleiben und auch künftig auf Augenhöhe mit den anderen globalen Wirtschaftsmächten zu bestehen. Nur mit wirtschaftlichem Erfolg und Wettbewerbsfähigkeit können wir unseren Wohlstand und die hohe soziale Absicherung in Deutschland auch in Zukunft erhalten; nur dann sind wir stark genug, um die Klimaziele zu erreichen. Und nur wenn Deutschland wirtschaftlich stabil und erfolgreich ist, kann der Strukturwandel hier bei uns im Saarland gelingen.

Notwendig sind jetzt schnelle und konkrete Maßnahmen, die geeignet sind, für Wirtschaftswachstum, mehr Innovation, mehr Freiheit für unsere Unternehmen und gute, sichere Arbeitsplätze zu sorgen: Entlastungen für Mittelstand und Handwerk, Unterstützung für unsere Schlüsselindustrien, Erschließung neuer Wachstumsfelder, eine grundlegend andere Energiepolitik sowie weniger Belastungen, weniger Bürokratie und mehr Leistungsanreize für Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen.

Als CDU Saar stehen wir bereit, in dieser schwierigen Zeit Verantwortung für unser Land zu tragen. Wir wollen den „saarländischen Weg“ fortsetzen, auf dem im vergangenen Jahrzehnt vieles in unserem Land gelungen ist: von der Konsolidierung der Landesfinanzen, dem Erfolg bei den Bund-Länder-Finanzverhandlungen von Annegret Kramp-Karrenbauer und Stephan Toscani bis zur historischen Teilentschuldung unserer Kommunen mit dem Saarland-Pakt, dem größten kommunalen Unterstützungsprogramm in der Geschichte des Saarlandes.

Doch unter der SPD-Alleinregierung fällt das Saarland zurück. Die Hiobsbotschaften der vergangenen Wochen unterstreichen: Frau Rehlinger und die SPD-Alleinregierung agieren planlos, glücklos und erfolglos. Wir stehen an einem Wendepunkt. Die Menschen spüren, dass sich etwas ändern muss und dass das Saarland in wirtschaftlicher Hinsicht ein neues Kapitel aufschlagen muss. Konkret: Wir brauchen ein neues Geschäftsmodell. Einen echten Plan, der Wirtschaft, Mittelstand und Industrie eine neue Perspektive gibt.

Dabei müssen wir endlich weg von der einseitigen Ausrichtung auf die traditionelle Großindustrie und noch mehr auf neue Branchen setzen. Vor allem der Mittelstand, die kleinen Unternehmen, Handwerker und Familienbetriebe haben dabei eine entscheidende Rolle. Der Mittelstand verdient viel mehr Aufmerksamkeit und Unterstützung, auch weil er die meisten Arbeitsplätze im Saarland stellt. Auch deshalb ist es ein Offenbarungseid von

Frau Rehlinger und der SPD-Alleinregierung, dass sie erst an dem Tag Mittelstand und Handwerk für sich entdeckt haben, als sie mit ihrer einseitigen Ausrichtung auf subventionierte industrielle Großprojekte gescheitert sind.

Wir brauchen jetzt einen schonungslosen, ehrlichen Status-Check für das Saarland: Erstens kommt es jetzt darauf an, dass wir die vorhandenen Stärken unseres Bundeslandes, aber auch seine Schwächen schonungslos analysieren. Zweitens: Darauf aufbauend gilt es, die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen und eine Strukturoffensive zu entwickeln. Und drittens in der Folge klare Richtungsentscheidungen zu treffen.

Mit den folgenden zehn Punkten stellen wir als CDU Saar uns dieser Herausforderung und geben Antworten, die wir auf dem Weg zu unserem Regierungsprogramm 2027 gemeinsam weiterentwickeln werden.

1. Klimapolitik mit Sinn und Verstand

Für uns als CDU Saar steht fest, dass eine starke Wirtschaft und nachhaltiger Klimaschutz keine Gegensätze sind, sondern einander bedingen. Es ist die Aufgabe der Politik, den Rahmen so zu setzen, dass Klimaschutz und Wachstum möglich sind. Wir sind überzeugt: Der Schlüssel für mehr Klimaschutz liegt vor allem in Innovationen und neuen Technologien – und nicht in Verboten.

Die einseitige Fixierung der Ampel auf Solar- und Windenergie lehnen wir entschieden ab. Wir brauchen Technologieoffenheit – auch um die Transformation kosteneffizienter zu gestalten. Von der Energieerzeugung bis zum Verbrauch muss daher die Nutzung aller CO₂-armen Energiequellen möglich sein; keine Technologie darf vorschnell oder aus ideologischen Gründen ausgeschlossen werden. Hierzu zählen auch Bioenergie, Wasserkraft, Geothermie oder Abwasserwärme.

Die CO₂-Bepreisung als marktwirtschaftliches Instrument ist für uns das zentrale Steuerinstrument, um die Klimaziele zu erreichen – flankiert um einen funktionierenden sozialen Ausgleich, z.B. durch das Klimageld, sowie um wirksame und verlässliche Förderprogramme.

Die Strompreise in Deutschland sind um ein Vielfaches höher als in anderen Ländern. Das behindert und bedroht zunehmend unseren Wirtschaftsstandort. Wegen dieser Planungsunsicherheit werden größere Investitionen zurückgestellt oder schon jetzt ins Ausland verlagert. Hinzukommt, dass der Strombedarf durch die breite Etablierung der Künstlichen Intelligenz sowie auch im privaten Bereich durch E-Autos und Wärmepumpen weiter steigt; der steigende Energiebedarf und die hohen Energiekosten reduzieren die Kaufkraft privater Haushalte und wirken sich damit negativ auf die Wirtschaft aus.

Wenn die Transformation von Wirtschaft und Industrie gelingen soll, müssen die Energiekosten runter. Dabei ist es zweitrangig, ob dies durch einen Industriestrompreis, der auch für den energieintensiven Mittelstand gelten muss, erfolgt oder durch andere geeignete Maßnahmen wie die Absenkung der Stromsteuer und der Netzentgelte. Die Ampel hält Wirtschaft und Industrie schon viel zu lange hin – es muss endlich etwas passieren.

Neben bezahlbaren Strompreisen brauchen wir eine sichere Energieversorgung – rund um die Uhr, das ganze Jahr. Ein Risiko von Blackouts oder Brownouts aufgrund grüner Ideologien kann sich Deutschland nicht leisten. Vor diesem Hintergrund halten wir es für eine große, verantwortungslose Fehlentscheidung der roten Ampel, die Kernkraftwerke mitten in der Energiekrise abzuschalten. Neben dem konsequenten und beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien hätte die weitere Nutzung der Kernenergie in Deutschland die Energieversorgung stabilisiert und die Abhängigkeit von ausländischen Importen reduziert.

Dieser Fehler darf sich nicht an anderer Stelle wiederholen. Deshalb darf ein endgültiges Abschalten von Kohlekraftwerken nicht erfolgen, solange keine neuen, wasserstofffähigen Gaskraftwerke als Ersatz gebaut sind und zusätzliche alternative gesicherte Leistung verfügbar ist.

Zudem braucht es einen klaren Rahmen für die Abscheidung und Speicherung von CO₂, der auch die Möglichkeit des Exports von CO₂ umfasst. Zu einem technologieoffenen Ansatz gehört außerdem, die Erforschung von Kernfusion und moderner Kerntechnik stärker zu fördern.

Wasserstoff ist ein entscheidendes Bindeglied auf dem Weg zu einem klimaschonenden Wirtschaftsstandort. Doch hier agiert die SPD-Alleinregierung viel zu zögerlich. Dabei ist es eine der wichtigsten wirtschaftspolitischen Aufgaben im Saarland, Wasserstoff in größtmöglichem Umfang rechtzeitig zu beschaffen, landesweit zu verteilen und dafür verlässliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Deshalb fordern wir die Landesregierung auf, endlich einen konkreten Fahrplan vorzulegen, bis wann und in welchen Mengen der Wasserstoff ins Saarland kommt, einschließlich klarer, messbarer Kriterien und überprüfbarer Indikatoren und Zeitpläne. Außerdem muss sie sich auf Bundesebene für einen technologieoffenen Regulierungsrahmen einsetzen, der auch die Förderfähigkeit von aus Kernkraft hergestelltem Wasserstoff umfasst.

2. Leistungsgerechtigkeit vor blinder Verteilungspolitik

Wir setzen uns für die hart arbeitenden Menschen in der Mitte unserer Gesellschaft ein. Deshalb machen wir deutlich: Solidarität und Leistungsgerechtigkeit sind zwei Seiten derselben Medaille. Um die Leistungsfähigkeit des Sozialstaats zu erhalten, müssen Überbeanspruchung verhindert und Fehlanreize korrigiert werden. Dazu gehört, Leistungsempfänger stärker in die Pflicht zur Wahrnehmung von Eigenverantwortung zu nehmen. Nur so verhindern wir eine Entsolidarisierung zwischen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und Leistungsempfängern.

Das Bürgergeld in seiner jetzigen Form ist ungerecht und leistungsmindernd. Wer arbeitet, soll mehr haben als der, der das nicht tut – das ist eine Frage der Fairness. Deshalb fordern wir die Rückabwicklung des Bürgergelds und einen Neustart, bei dem das Fordern wieder zentral ist: mit mehr Arbeitsanreizen und klaren Konsequenzen bei Arbeitsverweigerung. Nach der nächsten Bundestagswahl wird die Union das Bürgergeld durch die Neue Grundsicherung – ein gerechteres Sozialhilfesystem – ersetzen.

Wir fordern eine schärfere Unterscheidung zwischen beitragsfinanzierten Versicherungsleistungen und steuerfinanzierten Sozialleistungen. Wer lange Jahre in die

Arbeitslosenversicherung eingezahlt hat und dann arbeitslos wird, der bekommt Arbeitslosengeld – eine Versicherungsleistung, die er selbst aufgebaut hat. Deshalb wollen wir das Arbeitslosengeld für ältere langjährig Versicherte, die unverschuldet arbeitslos werden, erhöhen. Das ist ein Baustein eines besseren, gerechteren Systems zum Ampel-Bürgergeld. Außerdem bekennen wir uns zum Passiv-Aktiv-Transfer und wollen, dass Wege in Arbeit und nicht Arbeitslosigkeit finanziert werden. Wir fordern daher, dass der Passiv-Aktiv-Transfer gestärkt wird.

Eine Vier-Tage-Woche wird uns nicht dabei helfen, unseren Wohlstand zu sichern. Stattdessen muss Mehrarbeit sich lohnen: Dazu braucht es steuerfreie Überstunden, attraktivere Möglichkeiten des Hinzuverdienens in der Rente sowie steuerliche Anreize.

Uns leitet der Grundsatz der Leistungsgerechtigkeit. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die gesetzliche Rente für Menschen, die 45 Jahre Vollzeit zum Mindestlohn gearbeitet und Beiträge gezahlt, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt haben, deutlich oberhalb der Grundsicherung im Alter liegt. Ebenso halten wir an der abschlagsfreien Rente nach 45 Versicherungsjahren ab dem 65. Lebensjahr fest. Zudem fordern wir eine stärkere Förderung der betrieblichen und privaten Altersvorsorge und eine Reform der Riester-Rente durch eine kapitalgedeckte Zusatzvorsorge für alle Einkommensgruppen.

Die Lohnfindung ist Sache der Sozialpartner. Deshalb stellen wir uns gegen die Politisierung des Mindestlohns. Die Mindestlohnkommission ist eine Errungenschaft der sozialen Marktwirtschaft und darf nicht aus wahlkampfaktischen Gründen in Frage gestellt werden. Wir unterstützen, dass die Sozialpartner derzeit über eine Weiterentwicklung der Arbeitsgrundlage der Mindestlohnkommission sprechen.

3. Viel mehr auf den Mittelstand setzen

Trotz der großen Bedeutung des Industriesektors für den Wirtschaftsstandort Saarland ist die die SPD-Alleinregierung viel zu einseitig auf die Großindustrie fixiert. Die SPD agiert hier zu strukturkonservativ. Sie müsste sich stattdessen viel stärker dafür einsetzen, den Mittelstand, kleinere Unternehmen, Handwerk und Familienunternehmen zu fördern und zu unterstützen. Doch diese hat die SPD erst für sich entdeckt, als sie mit ihrer einseitigen Ausrichtung auf subventionierte industrielle Großprojekte gescheitert ist.

Der Mittelstand ist das Rückgrat der Saarwirtschaft, er macht den Großteil der Arbeitsplätze in unserem Land aus. Er übernimmt auch im Bereich der Ausbildung eine unverzichtbare Funktion zur Fachkräftesicherung; zudem ist er Innovationstreiber in vielen Bereichen. Doch die Belastungen durch Bürokratie, Steuern und Sozialabgaben sowie hohe Energiepreise schränken die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen massiv ein, während sie zugleich weitere Herausforderungen wie Fachkräftemangel oder Digitalisierung zu bewältigen haben.

Es ist überfällig, den saarländischen Mittelstand besser und systematisch zu unterstützen. Eine erfolgreiche Transformation unserer Wirtschaft an der Saar ist ohne eine aktive Förderung des Mittelstands und dessen innovationsstarker Unternehmerinnen und Unternehmern nicht denkbar.

Als eine erste Maßnahme fordern wir die Initiierung einer funktionierenden Förderinitiative, die speziell auf kleine und mittlere Unternehmen zugeschnitten und auch für Unternehmen mit einer niedrigen Personaldecke leicht zugänglich ist. Als finanzielle und organisatorische Grundlage hierfür soll das Programm „Digitalstarter Saar“ dienen, das schon in den vergangenen Jahren nicht ordentlich funktioniert hat und seit rund zwei Jahren – entgegen vorherigen Ankündigungen des Wirtschaftsministeriums – im Stillstand verharret. Wir fordern die Landesregierung auf, den dringend notwendigen Neustart einzuleiten, einschließlich einer angemessenen finanziellen Ausstattung.

Wir erwarten, dass die SPD-Alleinregierung zeitnah ein umfassendes Konzept für die Mittelstandsförderung vorliegt, das auch die im Transformationsfonds bereitgestellten Finanzmittel umfasst, und dieses mit den Kammern und Unternehmensverbänden eng abstimmt, um Rohrkrepiere wie die sogenannte Umzugsprämie zu vermeiden.

4. Bürokratische Belastungen runter, Wirtschaftskraft wieder rauf

Überbordende Dokumentations-, Melde- und Aufbewahrungspflichten, lange Verfahrensdauern sowie Vollzugs- und Umsetzungsprobleme in Behörden belasten unsere Wirtschaft – vom Selbständigen über kleine und mittlere Betriebe bis hin zu großen Unternehmen. Diese müssen zu viel Zeit, Geld und Personal für die Erfüllung bürokratischer Pflichten aufwenden. Die ausufernde Bürokratie ist zu einem wesentlichen Standortnachteil für Deutschland und auch das Saarland geworden.

Bürokratische Vorschriften erschweren außerdem den Alltag vieler Bürgerinnen und Bürger, etwa im Baubereich oder bei staatlichen Leistungen. Dabei dienen viele bürokratische Regelungen vor allem der Kontrolle und werden oftmals als Ausdruck staatlichen Misstrauens gegenüber Bürgern und Wirtschaft empfunden.

Bei Bürokratie und Regulierung muss gelten: So wenig wie möglich und nur so viel wie unbedingt nötig. Die Ampel-Regierung überreguliert die Wirtschaft und das Leben der Bürgerinnen und Bürger und schafft immer neue Bürokratie. Auch die SPD-Alleinregierung im Saarland ist auf dem falschen Weg, etwa mit dem Bildungsfreistellungs- oder Tariftruegesetz in den von der Landesregierung vorgelegten Fassungen.

Wir fordern einen umfassenden Bürokratieabbau und hierzu ein Belastungsmoratorium, das alle Belastungen für Unternehmen und Beschäftigte durch neue belastende Gesetze und andere Regelungen stoppt. Hierzu zählt auch die Aussetzung des deutschen und europäischen Lieferkettengesetzes.

Auch wenn viele bürokratische Regelungen vom Bund oder der EU kommen, können wir auch im Saarland etwas tun. Hierzu zählt insbesondere ein striktes „one in, two out-Prinzip“: beim Erlass neuer Regelungen, die zu mehr bürokratischem Erfüllungsaufwand führen, muss an anderer Stelle Erfüllungsaufwand in größerem Umfang reduziert werden. Auch fordern wir für sämtliche Gesetzgebungsinitiativen der Landesregierung einen frühzeitigen, systematischen Praxischeck „ex ante“ einzuführen, der auch einen Digitalcheck beinhaltet.

Darüber hinaus fordern wir die Landesregierung auf, sich auf allen Ebenen für eine bessere Behördenkommunikation einzusetzen, um die mehrfache Dokumentation und Meldung ein und desselben Sachverhalts an mehrere Behörden zukünftig zu vermeiden. Um die

Bearbeitungsgeschwindigkeit bei Planungs- und Genehmigungsverfahren zu erhöhen, ist überall dort, wo dies möglich ist, das Prinzip der Genehmigungsfiktion mit klaren, nachvollziehbaren Stichtagsregelungen einzuführen. Anstelle flächendeckender Nachprüfungsverfahren und Vollkontrollen ist zudem, wo immer möglich, auf Stichproben- und Zufallskontrollen zu setzen.

Ist ein Gesetz einmal in Kraft getreten, wird es später selten auf seine Aktualität und Sinnhaftigkeit überprüft. Deshalb sprechen wir uns dafür aus, dass der Landtag Gesetze nur noch mit einem definierten „Ablaufdatum“ von maximal fünf Jahren beschließen und jeweils ein Jahr vorher darüber abstimmen soll, ob ein Gesetz auslaufen, angepasst werden oder in der Form fortbestehen soll.

5. Das Saarland muss Autoland bleiben

Das Saarland mit seiner deutschlandweit einzigartigen Branchenkonzentration in der Automobilbranche und dem Metallgewerbe einschließlich Stahl ist wie kein anderes Bundesland von dem notwendigen Umbau von Industrie und industriellem Mittelstand hin zur Klimaneutralität betroffen. Der von Olaf Scholz und der SPD vor drei Jahren versprochene, aber bis heute fehlende Industriestrompreis und das Verbrennerverbot sind schwere Belastungen, unter denen insbesondere die Automobil- und Zulieferbranche hart leiden.

Der ZF-Vorstandsvorsitzende Klein hat es bei seinem Besuch in Saarbrücken im Oktober deutlich gesagt: Technologieoffenheit würde dem Saarbrücker Werk helfen. Stattdessen aber hat die SPD in Bund und Land das ideologische Verbrennerverbot durchgesetzt. Das ist Politik gegen die Interessen der saarländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Das Verbot des Verbrennungsmotors muss umfassend rückgängig gemacht werden. Es gefährdet massiv die herausragende Stellung des Saarlandes unter den europäischen Automobilstandorten. Dabei sind moderne Verbrennungsmotoren eine deutsche Spitzentechnologie mit Zukunft – es wäre fahrlässig, diese Technologie sehenden Auges in andere Regionen der Welt abwandern zu lassen. Alternative, nicht fossile Kraftstoffe wie eFuels und ReFuels müssen stärker als Alternative zur Elektromobilität anerkannt werden. Wir fordern die SPD-Alleinregierung auf, in der Genehmigung von HVO100 an Tankstellen zum Treiber statt zum Hindernis zu werden und sich an umliegenden Bundesländern zu orientieren.

Rückgängig gemacht werden muss der abrupte, vorzeitige Stopp der Förderung von Elektroautos durch die Bundesregierung. Dies war ein katastrophales Signal an die Automobilhersteller und künftigen Käufer von E-Autos und ist mitursächlich für die große Verunsicherung in diesem Bereich.

Der politische Feldzug der SPD-Alleinregierung gegen das Auto muss gestoppt werden. Es ist nicht hinnehmbar, dass die Umweltministerin das Auto zum Feind erklärt, während Tausende Arbeitsplätze im Saarland von der Automobilindustrie abhängen. Wer auf das Auto angewiesen ist, weil er im ländlichen Raum lebt, den will sie mit Verboten gängeln. Das ist Politik gegen das Auto. Für uns steht fest: Im Autoland Saarland darf das Auto nicht verteufelt werden. Auch deshalb nicht, da der ÖPNV auch nach über 12 Jahren SPD-Verantwortung im saarländischen Verkehrsministerium nicht richtig in die Gänge kommt,

weder innerhalb des Saarlandes, noch bei der Anbindung an das übrige Bundesgebiet sowie nach Luxemburg und Frankreich.

Mit flankierenden Kompetenzen, etwa der herausragenden IT-Expertise, hat das Saarland weitere Standortvorteile für die Automobilbranche. Die damit verbundenen Chancen – vom autonomen Fahrbetrieb bis zur dafür notwendigen Cyber-Resilienz – gilt es weiter zu stärken.

6. Schlüsselindustrien sichern

Die Wettbewerbsfähigkeit insbesondere im Bereich der Industrie mit Stahl, Automobil und Maschinenbau zählt zu den tragenden Säulen der Saarwirtschaft. Gerade auch im Bereich der nachgelagerten Dienstleistungen und der Zuliefererketten hängen viele Arbeitsplätze von ihrem Erfolg ab. Mit großer Sorge beobachten wir, dass die zentralen industriellen Strukturwandelmaßnahmen unter der politischen Steuerung der SPD zunehmend ins Stocken geraten.

Der Erhalt der saarländischen Stahlindustrie bleibt ein zentrales politisches Ziel. CO₂-arm produzierter Stahl wird in Deutschland aber nur eine Chance haben, wenn die internationale Wettbewerbsfähigkeit erhalten bleibt. Grundvoraussetzungen hierfür sind insbesondere ein massiver Ausbau CO₂-armer Stromerzeugung, des Stromnetzes und der Speicherkapazitäten – auch als Basis für die notwendige Wasserstoff-Produktion. Die Umstellung auf grünen Stahl kann nur mit einer verlässlichen, wettbewerbsfähigen und planbaren Strom- und Wasserstoffversorgung gelingen.

Beim Industrie- und Gewerbeflächen-Management hat es das Wirtschaftsministerium in fast 12 Jahren SPD-Verantwortung versäumt, eine vorausschauende Ansiedlungsflächenpolitik zu betreiben. Durch dieses Versäumnis sind vermeidbare Probleme bei der Suche nach geeigneten Flächen für Neuansiedlungen entstanden. Auch in der Landesplanung setzt sich der ansiedlungshemmende Kurs der SPD fort. Wir fordern die Landesregierung auf, unverzüglich zu einer konstruktiven Landesentwicklungsplanung zu finden und ihren aktuellen Kurs der Verhinderungsplanung zu verlassen. Neben einem neuen Flächen-Masterplan fordern wir ein tragfähiges Zukunftskonzept für die vom Strukturwandel besonders betroffenen Flächen wie auf dem Röderberg (Ford) oder in Ens Dorf, aber auch für weniger öffentlich diskutierte Flächen wie etwa in Merzig (ehem. V&B-Gelände). Außerdem fordern wir zeitnah ein neues Konzept für das Linslerfeld in Überherrn, z.B. für einen Gewerbe- und Industriepark. Darüber hinaus benötigt der Mittelstand vor Ort Platz für Wachstum. Dazu ist es notwendig, im Landesentwicklungsplan Industrie- und Gewerbegebiete nicht an den aktuellen Flächennutzungen zu begrenzen und unmittelbar angrenzend andere Flächennutzungen im Landesentwicklungsplan festzuschreiben. Hier muss ausreichend Pufferfläche für eine Vergrößerung der Gewerbeparks eingeplant werden, die in kommunaler Verantwortung entwickelt werden kann.

7. Innovationspotenziale ausschöpfen, Chancen nutzen

Die IHK-Prognose zum CISPA, die regionalwirtschaftlichen Effekte von rund 270 Millionen Euro jährlich ab dem Jahr 2030 durch das Institut vorhersagt, setzt ein dickes Ausrufezeichen hinter die große Chance, die die saarländische Exzellenz bei Cybersicherheit und Künstlicher Intelligenz für den Strukturwandel unseres Landes ist. Anhand solcher Leuchttürme mit globaler Strahlkraft zeigt sich immer mehr, wie hoch das Innovations- und Wachstumspotenzial in diesem Bereich ist. Dies unterstreicht auch, wie wichtig und richtig die innovationspolitischen Weichenstellungen der früheren CDU-geführten Landesregierungen waren.

Neben Cybersicherheit und Künstlicher Intelligenz verfügt das Saarland auch über exzellente wissenschaftliche Expertise im Bereich Biotech. Das Helmholtz-Institut für Pharmazeutische Forschung Saarland (HIPS) mit seinen modernen Ansätzen der synthetischen und naturstoffbasierten Wirkstoffforschung mit innovativen Wirkstofftransport-Strategien ist ein weiterer wissenschaftlicher Leuchtturm. Es steht beispielhaft für das große Potenzial der zahlreichen Forschungsexzellenzen an der Universität des Saarlandes, der htw saar und den außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Das starke saarländische Potenzial im Bereich Pharmazie und Medizin unterstreichen gleich mehrere am Weltmarkt erfolgreiche Unternehmen mit Stammsitz hier im Land. Dazu gilt es, die Stärken und Potentiale im Bereich der Medizin und Pharmazie inklusive möglicher Kooperationen mit den Leuchttürmen der Uniklinik herauszuarbeiten und in der Vermarktung von Flächen stärker zu betonen. Die damit verbundenen Chancen muss die Landesregierung stärker nutzen.

Auch Start-ups spielen für den Strukturwandel bis hin zur Klimaneutralität eine wichtige Rolle. Die Start-ups von heute sind der Mittelstand von morgen – wenn sie passgenau gefördert werden. Für ein Land, das kaum über Rohstoffe verfügt und dessen Wohlstand auf Erfindergeist und Fleiß basiert, ist dies besonders wichtig. Jedoch stellen die bestehenden Finanzierungsangebote des Landes zu wenig Risikokapital bereit und gehen deshalb oft an dem tatsächlichen Bedarf von Gründerinnen und Gründern vorbei. Deshalb braucht das Saarland dringend einen klaren, strategisch fokussierten Ansatz speziell für Start-ups. Wir bekräftigen daher unsere Forderung für einen saarländischen Startup-Fonds, der mit insgesamt 100 Millionen Euro an Landesmitteln (4 Jahre à 25 Mio. € aus dem Kernhaushalt) ausgestattet sowie zusätzlich für private Anleger geöffnet wird. Ein Euro Landesgeld kann potenziell vier Euro an privatem Geld anstoßen. Damit bietet ein solcher Anschub durch das Land das Potenzial, bis zu 500 Millionen Euro für ein lebendiges Gründer-Ökosystem zur Verfügung zu stellen.

Um das saarländische Gründungspotenzial zu einem wesentlichen Faktor bei der Bewältigung des Strukturwandels und zur Diversifizierung der saarländischen Wirtschaftsstruktur zu nutzen, braucht es endlich eine echte Start-up-Strategie, die diesen Namen auch verdient.

8. Kommunale Investitionskraft erhöhen, Infrastruktur ausbauen

Die saarländischen Städte und Gemeinden sind momentan so stark belastet wie selten zuvor. Doch die SPD-Alleinregierung lässt die Kommunen im Stich, von der Zuwanderung, der medizinischen Versorgung, den Finanzen bis zur Landesplanung. Dadurch hat sich die Investitionskraft der saarländischen Kommunen weiter verschlechtert, was sich auch auf die regionale Wirtschaft immer negativer auswirkt.

Die im Koalitionsvertrag der Ampel versprochene Altschuldenlösung für die Kommunen gibt es bis heute nicht, ebenso wenig ein wahrnehmbares und erfolgreiches Engagement der Saar-SPD hierfür. Wir als CDU Saar haben dafür gesorgt, dass die Position der CDU/CSU-Bundestagsfraktion inzwischen lautet: Vernünftige Lösungen werden an der Union nicht scheitern. Die Saar-SPD zeigt demgegenüber keine Initiative, das Thema anzupacken.

Wir als CDU Saar haben uns bei der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen 2016 für eine Lösung im Interesse des Saarlandes erfolgreich eingesetzt. Unter CDU-Führung hat die Landesregierung mit dem Saarlandpakt die Kommunen von der Hälfte ihrer Kassenkredite befreit. Jetzt ist der Bund gefordert, seinen Anteil zu einer kommunalen Altschuldenlösung beizutragen. Dafür setzen wir uns weiter mit ganzer Kraft ein.

Zur Verantwortung des Bundes für das Saarland gehört auch eine bessere Verkehrsanbindung. Wir fordern unter anderem die Verwirklichung einer direkten Bahnverbindung aus dem Saarland nach Luxemburg. Hierfür muss die Landesregierung gegenüber dem Bundesverkehrsministerium die Initiative ergreifen, damit dieses die Erstellung einer Machbarkeitsstudie für dieses für das Saarland bedeutende Infrastrukturprojekt aus dem Bundeshaushalt finanziert.

Um die Anbindung des Saarlandes an den Norden weiter zu stärken, braucht es eine ICE-Sprinter-Verbindung nach Frankfurt. Dadurch würde mit dem Frankfurter Flughafen auch die schnelle Erreichbarkeit dieses Drehkreuzes in die ganze Welt erreicht.

9. Seriöse Finanzen – auch beim Strukturwandel

Wir haben heute große Herausforderungen zu lösen, aber wir müssen darauf achten, dass auch unsere Kinder und Enkelkinder noch handlungsfähig sind. Auch in den nächsten Jahren und Jahrzehnten können Krisen kommen, auch dann muss das Saarland noch handlungsfähig sein. Deshalb müssen wir seriös mit den Finanzen unseres Bundeslandes umgehen. Als CDU Saar stehen wir für eine solide und generationengerechte Haushaltspolitik, das ist unser Versprechen an die Saarländerinnen und Saarländer. Im Lichte der engen Beziehungen insbesondere des Saarlandes zu unseren französischen Nachbarn bleibt auch eine ICE Direktverbindung zwischen Paris und Berlin über Saarbrücken ein zumindest perspektivisches Ziel zur Verbesserung der Anbindung unseres Landes.

Deshalb begrüßen und unterstützen wir, dass eine Verantwortungspartnerschaft mit der Landesregierung zur Finanzierung zentraler Strukturwandelprojekte gelungen ist und dabei die Aufnahme von Notlagekrediten für den Transformationsfonds von ursprünglich geplanten 3 Milliarden Euro auf nun 1,5 Milliarden halbiert werden konnte. Ein wesentliches Ergebnis ist auch, dass der Ertrag für das Land aus den Projekten des Transformationsfonds

höher sein muss als die Kosten aus der Kreditfinanzierung. Aus diesem Grund wird die Umsetzung des Transformationsfonds künftig stärker begutachtet und geprüft – sowohl durch wissenschaftliche Expertise als auch durch eine stärkere parlamentarische Kontrolle. Dabei ist auch klar, dass die alleinige Verantwortung für die operative Umsetzung der Strukturwandelprojekte bei der Landesregierung liegt. Wir fordern die CDU-Landtagsfraktion auf, in den parlamentarischen Beratungen weiterhin darauf zu achten, dass die vom Rechnungshof in seinem Sonderbericht angesprochenen weiteren Punkte angemessen berücksichtigt werden, insbesondere hinsichtlich der Notlagebeschlüsse und des Wirtschaftsplans. Wir fordern die SPD-Alleinregierung auf, die verwaltungsinternen Abläufe zu optimieren und die Kritikpunkte abzustellen sowie die Hinweise des Rechnungshofs insgesamt zu beachten und umzusetzen. Die Verständigung mit der Landesregierung über die Ausgestaltung des Transformationsfonds ist für uns nicht nur ein Zeichen der Stärke unserer Demokratie, sondern auch die Bestätigung, dass wir im Wettbewerb der Ideen sogar aus der Opposition heraus mit überzeugenden Argumenten erfolgreich sind und konkret etwas bewirken können.

Im Sinne der Generationengerechtigkeit stehen wir als CDU Saar zur Schuldenbremse, zumal sie in Notsituationen Ausnahmen erlaubt. Finanzielle Lasten von heute bedeuten weniger fiskalischen Spielraum und damit auch Investitionen in der Zukunft. Ein Aufweichen der Schuldenbremse würde auch die Gefahr bergen, nicht zu mehr staatlichen Investitionen, sondern zu einem Anstieg des staatlichen Konsums zu führen.

Wir sprechen uns für einen Paradigmenwechsel bei der Haushaltsaufstellung auf Landes- und Bundesebene aus: Weg von der ausgabenorientierten und hin zur wirkungsorientierten Haushaltsführung, um damit Steuermittel effektiver und sparsamer einzusetzen. Das bedeutet in der Konsequenz, dass Maßnahmen und Projekte nicht mehr in erster Linie daran bewertet werden, wie viele Finanzmittel dafür im Haushalt bereitgestellt werden, sondern am Erreichen konkreter, zuvor klar definierter Zielerreichungen.

10. Für eine leistungsfähige Landwirtschaft und einen lebendigen ländlichen Raum

Unsere Landwirtschaft ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, insbesondere für unseren ländlichen Raum. Regionalität, Heimatnähe, Versorgungssicherheit und ortsbezogener Naturschutz sind gelebte Praxis in der Landwirtschaft. Da die ökonomischen, ökologischen und sozialen Herausforderungen in der Land- und Forstwirtschaft enorm sind, setzen wir uns ein für zukunftsfähige und verlässliche Rahmenbedingungen für die Unternehmen und Akteure vor Ort. Verlässliche Strukturen und Rahmenbedingungen sind für ein generationenübergreifendes Wirtschaften Grundvoraussetzung.

11. Arbeitskräfteoffensive durch bessere Bildung und gesteuerte Zuwanderung

Der Mangel an Arbeits- und Fachkräften hat ein bedrohliches Ausmaß erreicht und bremst das Wirtschaftswachstum. Gleichzeitig gibt es immer mehr Menschen, die in Teilzeit arbeiten oder staatliche Unterstützung erhalten, obwohl sie arbeiten könnten. Die Folge: Die Beschäftigungszahlen steigen zwar, aber das gesamte Arbeitsvolumen stagniert. Trotz mehr Beschäftigten steigt so der Arbeitskräftemangel und damit auch der Kostendruck, gerade für Betriebe mit einer geringen Anzahl Beschäftigter.

Beim Thema Arbeitskräftemangel müssen wir viel stärker die Potenziale nutzen, die wir schon in unserem Land haben. Wir haben in Deutschland rund vier Millionen Bürgergeld-Empfänger, die erwerbsfähig sind. Hier müssen wir die Anreize dringend stärken, eine Arbeit aufzunehmen. Es muss wieder stärker das Prinzip „Fördern und Fordern“ gelten – das ist echte soziale Gerechtigkeit.

Bei der Erwerbstätigkeit von Frauen liegt das Saarland deutlich unter dem Bundesschnitt. Deshalb fordern wir einen beschleunigten Ausbau qualifizierter und verlässlicher Kinderbetreuung sowie effizientere Qualifizierungsmaßnahmen zum beruflichen Wiedereinstieg. Durch die fahrlässige SPD-Politik, die der Beitragsfreiheit alles andere unterordnet, gehört das Saarland inzwischen zu den Bundesländern mit dem schlechtesten Betreuungsplatzangebot. Wir fordern endlich ein Umsteuern hin zu mehr Qualität und einem bedarfsgerechten Platzausbau.

Immer weniger junge Menschen in Deutschland schaffen einen formalen Bildungsabschluss; immer weniger Kinder in Deutschland können richtig Deutsch sprechen, lesen und schreiben. Hier müssen wir viel stärker ansetzen – im Interesse jedes einzelnen Kindes, das richtig gefördert, aber auch gefordert werden muss, und im Ergebnis auch im Interesse von uns allen. Wir müssen schon in den frühen Altersstufen mehr machen: Wer in die Schule kommt, muss Deutsch können, und wer die Grundschule verlässt, muss lesen, schreiben und rechnen können. Dafür brauchen wir vor allem eine bessere Sprachförderung. Gerade hier im Saarland müssen wir uns viel stärker auf die Stellschrauben konzentrieren, die wir selbst bestimmen können. Diese gibt es gerade in der Bildungspolitik.

Eine der zentralen bildungspolitischen Herausforderungen der kommenden Jahre ist, die berufliche Bildung zu stärken und attraktiver zu machen. Gerade das duale Ausbildungssystem ist wie kein anderes durch seinen engen Anwendungsbezug geeignet, auch schulumüde junge Menschen anzusprechen und neu zu motivieren. Dazu gehört auch, die Idee vom Leistungsgedanken insgesamt wieder positiv zu besetzen und zu vermitteln, dass Selbstverantwortung und Leistungsbereitschaft in unserer Gesellschaft notwendig sind und sich auch lohnen. Allerdings hat die berufliche Bildung im Saarland unter der noch amtierenden SPD-geführten Landesregierung nicht den Stellenwert, den sie verdient. Die wiederholte Nullrunde bei den Lehrerstellen an beruflichen Schulen ist nur ein Beleg hierfür. Unser Land braucht deshalb auch in diesem Bereich einen echten politischen Richtungswechsel.

Wir als CDU Saar setzen uns dafür ein, mit einem zukunftsfähigen System die berufliche Bildung im Saarland attraktiv zu gestalten, um so wieder alle Jugendlichen zu erreichen, die wachsenden Passungsprobleme auf dem Ausbildungsmarkt nachhaltig zu lösen und die berufliche Aus- und Weiterbildung auch künftig zum Aushängeschild Deutschlands zu machen.

Als Beitrag zur Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung setzen wir uns weiterhin für die finanzielle Unterstützung der entsprechenden Aufstiegsfortbildungen mit dem saarländischen Aufstiegsbonus („Meisterbonus“) ein, der sukzessive erhöht werden sollte, und streben perspektivisch eine kostenfreie Meisterausbildung im Saarland an. Zeitgleich ist unser Ziel, dass grundsätzlich mit jedem erfolgreichen Abschluss der entsprechenden Aufstiegsfortbildung auch eine Ausbildungseignung zugesprochen wird. So kann zeitgleich die Quote derjenigen erhöht werden, welche ausbilden können. Außerdem wollen wir insbesondere Kleinst- und Kleinbetriebe stärker in den Belangen der Ausbildung unterstützen, um dazu beizutragen, die derzeit rückläufige Ausbildungsbetriebsquote zu stoppen. Mit passgenauen Unterstützungsmaßnahmen von der Berufsorientierung über die Ausbildungsvertragsanbahnung bis in die Ausbildungsbegleitung wollen wir gerade kleineren Betrieben dabei helfen, strukturelle Nachteile gegenüber Hochschulen oder Großbetrieben auszugleichen.

Zum Erwerb grundlegender Deutschkenntnisse wollen wir an den Berufsbildungszentren eigene Sprachzentren implementieren.

Eine frühzeitige Berufsorientierung sorgt für eine bessere Vorstellung der Berufs- und Arbeitswelt und trägt dazu bei, persönliche Einschnitte in der Bildungsbiografie durch vermeidbare Abbrüche zu reduzieren. Hierfür sind digitale Angebote der Berufsorientierung deutlich stärker zu fördern z.B. pädagogisch sinnvolle, KI-basierte Berufsorientierungssysteme, die wirksame „Matching“-Prozesse ermöglichen, oder datengestützte Praktikumsempfehlungen.

Angesichts der Bevölkerungsentwicklung wissen wir, dass wir auch Arbeitskräfte aus dem Ausland benötigen. Deshalb müssen die Bedingungen verbessert werden, damit gesuchte Fachkräfte einfacher aus dem Ausland zu uns kommen können. Doch viele der internationalen Talente werden durch die bürokratischen Prozesse in Deutschland zunehmend abgeschreckt. Wir fordern deshalb, die Fachkräfte-Einwanderung formal klar zu trennen von der Einwanderung aufgrund von Flucht, insbesondere bei den bürokratischen Verfahren. Wir fordern eine eigene Fachkräfte-Einwanderungsagentur („Work-and-stay-Agentur“), die sich gezielt um die Einwanderung ausländischer Fachkräfte kümmert und die alle behördlichen Verfahren aus einem Guss umsetzt, am besten weitgehend digital.

Wir fordern ein echtes „Welcome Center“ für Führungskräfte von außerhalb des Saarlandes – und keine dilettantischen Einzelmaßnahmen wie das „Tiny House“ der SPD-Landesregierung. Wir wollen, dass Führungskräfte von außerhalb systematisch bei der Anwerbung und beim Onboarding unterstützt und individuell betreut werden, damit sie sich bewusst gerne für das Saarland als Arbeits- und Lebensort entscheiden.